



Presseschau vom 06.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lese- und Medientipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Aljona Sadoroschnaja, Daria Wolkowa: **Kampf um die Schlangeninsel: Warum Russland mit dem Abzug geschickt taktiert hat**

Das Verteidigungsministerium Russlands hat seine Garnison von der Schlangeninsel abgezogen. So sollten die Vorwürfe gegen Russland enden, durch die angebliche Blockade einer Getreideausfuhr aus der Ukraine eine weltweite Hungersnot zu verursachen. Welche militärische und welche politische Bedeutung hat dieser Schritt? ...

<https://kurz.rt.com/322s> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: **Unsere tägliche Schuld gib uns heute**

Nicht nur im deutschen Recht, sondern auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention gibt es die Unschuldsvermutung. Doch während Papier geduldig ist, können Vorverurteilungen gar nicht schnell genug ausgesprochen werden. ...

<https://kurz.rt.com/3253> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: **Hundefresser, Vergewaltiger – Wenn es gegen die Russen geht, spielt die Wahrheitsprüfung keine Rolle**

Wer kennt das nicht? Man sieht im Netz eine stark emotionalisierte Botschaft und glaubt sofort, es handele sich dabei um die Wahrheit. Denkt lieber zweimal nach, prüft die Quellen, werden wir gewarnt. Gilt der Faktencheck in Deutschlands Medien und Politik auch für glatte Lügen und dubiose Aussagen gegen Russland? ...

<https://kurz.rt.com/324j> bzw. [hier](#)

Susan Bonath: **Energiepauschale, Heizkostenzuschuss und Co.: Ein Bürokratiemonster, das viele Arme hintanstellt**

Die Bundesregierung will mit allerlei Zuschüssen die Inflation abfedern. Doch wann und wie kommen die einzelnen Bevölkerungsgruppen an ihr Geld? So einiges ist noch unklar und scheinbar schlecht durchdacht. Und ausgerechnet viele Ärmere müssen am längsten auf die Hilfe warten. ...

<https://kurz.rt.com/324t> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:00 de.rt.com: **Waffen- und Munitionslager am Wohnsitz des stellvertretenden SBU-Chefs in Cherson sichergestellt**

Die russischen Geheimdienste haben im Haus des stellvertretenden Chefs des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU im Gebiet Cherson, Kirill Rudskoi, ein Versteck mit Waffen und Munition entdeckt, darunter Granaten und eine Kiste mit Molotow-Cocktails, berichtete ein TASS-Korrespondent vom Ort der Sondermaßnahmen in der Regionalhauptstadt Cherson. Ein Vertreter der russischen Sicherheitskräfte schilderte Reportern den Eindruck vom Fundort wie folgt:

"In der Garage wurde ein Versteck mit Munition und Waffen gefunden: RGO- und F-1-Granaten ungeladen, eine Rauchgranate, eine Fackelpatrone, Molotow-Cocktails mit brennbarer Flüssigkeit, Munition verschiedener Kaliber (5,45-Millimeter- und 7,62-

Millimeter-Sturm- und Maschinengewehrpatronen), ein Einweg-Granatwerfer, [...] ein Sturmgewehr Kaliber 5,45 Millimeter und ein Sturmgewehr Kaliber 7,62 Millimeter, ein Magazin."

Das Arsenal wurde bei einer geheimdienstlichen Überprüfung entdeckt. Bis Februar 2022 war Rudskoi für Terrorismusbekämpfungseinheiten zuständig und leitet nun ein Netzwerk von Sabotage- und Aufklärungsgruppen, die im Gebiet Cherson operieren. Der SBU-Oberst war nach Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine von seinem Wohnort geflohen und hatte das Waffen- und Munitionslager in der Garage seines Hauses zurückgelassen.

21:10 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Streitkräfte bereiten eine Provokation mit Chlor in der Volksrepublik Donezk vor**

Wie RIA Nowosti [meldet](#), sollen ukrainische Kämpfer eine Provokation unter Einsatz von Chlor in der Volksrepublik Donezk vorbereiten, um die russische Armee wahlloser Angriffe auf gefährliche chemische Anlagen zu bezichtigen, so der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Michail Misinzew:

"Nach zuverlässigen Informationen aus Nikolajewka bereiten militante nationalistische Gruppen eine Provokation mit giftigen Substanzen vor."

Dem General zufolge brachten die Neonazis zu diesem Zweck Behälter mit flüssigem Chlor (mehr als 6.000 Liter) zur Pump- und Filterstation des Wärmekraftwerks Slawjansk, die sie in die Luft jagen wollen, wenn sich russische Truppen und DVR-Verbände nähern.

Russland warne den "zivilisierten Westen" im Voraus vor der vorbereiteten Provokation, nach der das Kiewer Regime gefälschte Materialien in den ukrainischen und westlichen Medien verbreiten werde, betonte Misinzew.

Er wies auch darauf hin, dass die ukrainischen Streitkräfte in einigen Städten Waffen in der Nähe von Chemiewerken stationieren und damit absichtlich von Menschen verursachte Katastrophen provozieren.

Misinzew forderte die UNO, die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) und andere internationale Organisationen erneut auf, auf Kiew einzuwirken und Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass ukrainische Streitkräfte gefährliche chemische Anlagen für militärische Zwecke nutzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c4959748fbef5e2569a2b2.jpg>

21:23 de.rt.com: **Heimkehrende Soldaten: "Wir wurden in ukrainischer Gefangenschaft misshandelt und gefoltert"**

Soldaten der russischen Streitkräfte, die nach Gefangenentausch heimgekehrt sind, beklagen häufige Misshandlung und Folter in ukrainischer Gefangenschaft. Dies teilte der russische Ermittlungsausschuss am Dienstag mit und kündigte Ermittlungen an.

Russische Soldaten, die aus der Gefangenschaft in der Ukraine befreit wurden, haben zahlreiche Fälle von Gewalt und Misshandlung beschrieben. Dies teilte der Pressedienst des Untersuchungsausschusses am Dienstag Journalisten mit. In einer [Erklärung](#) heißt es: "Das Ermittlungskomitee untersucht die Fakten über die unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen in der Ukraine. Die russischen Soldaten, die im Rahmen eines Gefangenenaustauschs mit der ukrainischen Seite auf das Territorium der Russischen Föderation zurückkehrten, berichteten Mitarbeitern des russischen Ermittlungskomitees über zahlreiche Gewalttaten, denen sie ausgesetzt wurden."

Die russischen Soldaten befinden sich momentan in medizinischen Einrichtungen zur Behandlung und Rehabilitation. Die [Schilderungen](#) der meisten von ihnen bieten zahlreiche Beispiele dafür, dass die ukrainische Seite gegen die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen verstößt, die Grausamkeit, Folter und Schikane verbietet. Ein Soldat etwa, dem während eines 15-stündigen Gefechts die Munition ausgegangen und er daraufhin gefangen genommen worden sei, berichtete:

Die ukrainischen Soldaten verbanden ihm die Augen, fesselten seine Hände und brachten ihn nach Charkow, wo sie ihn mit Stöcken und Knüppeln auf den Körper schlugen, sein Gesicht aber ausließen, um Blutergüsse und ähnliche schwer zu verbergende Verletzungen zu vermeiden. Mitglieder des ukrainischen Geheimdienstes SBU wendeten auch Würgetechniken an und drohten, ihn zu erschießen, wenn er nicht vor laufender Kamera einen Text vorlesen würde, den sie vorbereitet hatten.

Ein weiterer Soldat berichtete, er sei mit einer Hüftwunde gefangen genommen worden und habe ukrainische Propagandaparolen rufen müssen, während er bandagiert worden sei. Andernfalls wäre ihm die weitere Behandlung verweigert worden. Doch für ihn kam es schlimmer, so die Ermittler:

"Die medizinischen Eingriffe im Krankenhaus erfolgten ohne Schmerzmittel. In der Gefangenschaft wurde er geschlagen und mit Elektroschocks gefoltert. Er wurde nach der Behandlung zusammen mit drei weiteren russischen Soldaten in einen Keller gebracht, wo er mit Wasser übergossen und lange geschlagen wurde. Dann wurde er vier Tage lang ohne Wasser und Nahrung zurückgelassen."

Einem anderen Soldaten, der mit zwei Wunden gefangen genommen worden war, wurde von ukrainischen Ärzten ohne medizinische Notwendigkeit ein Bein amputiert.

"Der Verbandwechsel begann immer auf die gleiche Weise: Der Sanitäter stocherte in der Wunde herum und sah zu, wie er sich vor Schmerzen wand. Zwischen den Verbänden wurde er schwer verprügelt."

Die russischen Ermittler kündigten an, dass sie jeden individuellen Fall rechtlich bewerten werden:

"Auf der Grundlage der Ergebnisse wird entschieden, ob ein Strafverfahren eingeleitet wird."

Eine ähnliche [Meldung](#) gab es jüngst aus der Volksrepublik Donezk. Rund 95 Prozent aller Heimkehrer aus ukrainischer Gefangenschaft berichteten von [Schikane](#), Foltern und [Schlägen](#). Auch diesbezüglich kündigte das russische Ermittlungskomitee Untersuchungen an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c4155148fbef3cb94abae1.png>

Ein Ermittler befragt einen Heimkehrer über grausame Behandlung in ukrainischer Gefangenschaft

21:40 de.rt.com: **Kiew räumt Weiterverkauf westlicher Waffenlieferungen ein**

Das Amt für wirtschaftliche Sicherheit der Ukraine hat zahlreiche Fälle der Veräußerung der aus westlichen Staaten ankommenden humanitären Hilfe und militärischen Güter aufgedeckt. Dies sagte der Leiter der Behörde Wadim Melnik in einer Sendung des Fernsehsenders Ukraine 24. Er erklärte:

"Selbst Armeewaren werden gegen Geld veräußert. Wir haben solche Fakten festgestellt."

Laut Melnik wurden in diesem Zusammenhang bereits rund zehn Strafverfahren eingeleitet. Die Dunkelziffer könnte jedenfalls deutlich höher liegen, so der Behördenchef.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c49df548fbef5c895739a7.jpg>

Ein Freiwilliger fotografiert einen Helm als Teil der militärischen Ausrüstung, die im Rahmen einer Initiative des Fußballvereins FC Howerla Paris für die Ukraine gesammelt wurde

22:16 de.rt.com: **Ukraine beschießt wieder Donezk – zehnjähriges Mädchen getötet**

Die ukrainischen Truppen hören nicht auf, zivile Objekte und Wohnviertel von Donezk täglich zu beschießen. Dabei sind heute mindestens zwei Menschen ums Leben gekommen – eine etwa 42-jährige Frau und später ein zehnjähriges Mädchen.

Wie bereits heute Nachmittag von RIA Nowosti [gemeldet](#) wurde, ist ein zehnjähriges Kind im Zentrum von Donezk infolge des Beschusses der ukrainischen Armee ums Leben gekommen. Dies hatte der Bürgermeister von Donezk, Alexei Kulemsin, in seinem Telegram-Kanal mitgeteilt:

"Ein zehnjähriges Mädchen wurde im Woroschilow-Bezirk von Donezk durch den Beschuss der WFU (ukrainische bewaffnete Formationen – Anm. d. Red.) getötet", so die knappe

Meldung des Stadtoberhauptes.

NATO-Munition

Minuten zuvor hatte Kulemsin geschrieben, dass die ukrainischen Streitkräfte den zentralen Woroschilow-Bezirk von Donezk mit Artilleriegranaten des "NATO"-Kalibers 155 Millimeter beschossen hätten. [Videoaufnahmen](#), die offenkundig unmittelbar nach dem Beschuss gemacht wurden, zeigen, dass sich in der direkten Umgebung keinerlei militärischen Ziele befunden haben, es sich vielmehr um eine typische Wohnstraße mit kleinen Häusern handelte. Der Telegram-Kanal Tipitschnyj Donezk hatte zwei Video-Kurzberichte über den Tod des Mädchens vom Ort des Geschehens [veröffentlicht](#).

Ständig ukrainischer Beschuss ziviler Ziele und von Zivilisten im Donbass

Der Telegram-Kanal Readovka [schreibt](#) zu den Aufnahmen:

"Ein Wohnhaus in Donezk wurde von ukrainischen Soldaten beschossen, wobei ein Schulmädchen getötet wurde, dessen Mutter aber wie durch ein Wunder überlebte. Ein Notarztwagen erreichte das Haus, aber das Kind hatte keine Chance mehr.

Die Mutter, die unter Schock steht, sagt, dass der Körper des Mädchens so verstümmelt war, dass ihre inneren Organe über den ganzen Hof verstreut waren. Es war ihr einziges Kind."

In einer weiteren Meldung von Readovka [heißt](#) es zu dem Vorfall:

"Die Anwohner können ihre Emotionen nicht unterdrücken – die Leiche des kleinen Mädchens war mit einem Laken bedeckt: Sie wird buchstäblich in Stücken eingesammelt. Ein Onkel des zehnjährigen Mädchens, der sich heute von seiner Nichte verabschiedete, hatte einen Enkel, der am 9. Mai im Textilschtschik-Bezirk getötet worden war, ebenfalls durch den Beschuss des ukrainischen Militärs."

Der Kanal zitiert einen Augenzeugen:

"Wir saßen in der Küche und tranken Tee, als wir einen Knall hörten. Wir rannten in den Korridor, einige Zeit später ein weiterer Knall – alles explodierte. Zu diesem Zeitpunkt war das Militär bereits eingetroffen, sie sagten uns, wir sollten nicht herauskommen. Als sie herauskamen, lag da ein totes Kind", so ein Nachbar."

Nach Angaben des Readovka-Kriegsberichterstatters Jewgeni Linin schlug das ukrainische Militär mit europäischen Waffen zu, höchstwahrscheinlich mit einer französischen CAESAR-Haubitze, wie aus den Projektilsplittern in den Aufnahmen zu erkennen sei. Seit Beginn der westlichen Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine litten und stürben jeden Tag Kinder in Donezk unter den Granaten der NATO.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c47d8a48fbef5b81719839.jpg>

Das Mädchen soll von dem ukrainischen Geschoss buchstäblich zerfetzt worden sein. Die Leichenteile wurden eingesammelt und in mehreren Leichensäcken auf einer Bahre abtransportiert. (Screenshot aus dem [Videobericht](#) von RIA Nowosti, 5. Juli 2022)

22:20 de.rt.com: Lissitschansk: Orthodoxe Kirchen offenbar von ukrainischen Nationalisten zerstört

RIA Nowosti [zeigt](#) in seinem Telegram-Kanal Aufnahmen aus dem jüngst befreiten

Lissitschansk in der Lugansker Volksrepublik. Bewohner der Stadt berichten gegenüber der Nachrichtenagentur darüber, dass ukrainische Nationalisten orthodoxe Kirchen in der Stadt gesprengt und beschossen hätten.

Eine ältere Gläubige sagt, dass ihr die Worte fehlen würden, die "ukrainischen Nazis" zu bezeichnen, die die Kirchen in Lissitschansk angezündet hätten. Weißrussen, Ukrainer und Russen seien "alle Slawen" – und als ein Volk miteinander verflochten wie die "Stränge eines Zopfes".

Bei ihrem Abzug hätten die ukrainischen Einheiten die orthodoxen [zu vermuten steht: die dem Moskauer Patriarchat unterstehenden] Kirchen niedergebrannt, wie die Äußerungen der Interviewten nahelegen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c4a2e548fbef61401b3890.png>

Eine zerstörte Kirche in Lissitschansk (Screenshot aus dem RIAN-Videoclip), 5. Juli 2022

22:50 de.rt.com: **Ukraine beantragt OECD-Mitgliedschaft**

Die Ukraine strebt eine Mitgliedschaft in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) an. Wie der ukrainische Regierungschef Denis Schmygal am Dienstag per Nachrichtendienst Telegram mitteilte, habe er im Namen des Landes einen entsprechenden Antrag beim OECD-Generalsekretär Mathias Cormann eingereicht. Der Ministerpräsident sagte ferner:

"Die Ukraine teilt alle Ziele und Werte der Organisation und ist bestrebt, ihr so schnell wie möglich beizutreten. Die Mitgliedschaft der Ukraine in der OECD ist einer der Eckpfeiler des erfolgreichen Wiederaufbaus und der Entwicklung des Landes."

Die in Paris ansässige OECD vereint Länder, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen. Mittlerweile sind neben großen Volkswirtschaften wie Deutschland, den USA und Japan auch Schwellenländer wie Mexiko und Chile Mitglied. Die Fachleute der Organisation erarbeiten zum Beispiel regelmäßig Konjunkturprognosen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c4a1dab480cc2483467bcd.jpg>

vormittags:

7:05 de.rt.com: **Borrell: Die EU wird nicht in einen Krieg mit Russland ziehen**

Die EU werde nicht in einen Krieg mit Russland ziehen. Die wichtigste Reaktion auf die militärische Sonderoperation Moskaus in der Ukraine seien weiterhin Sanktionen, deren Wirkung nur noch zunehmen werde. Dies verkündete der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell am Mittwoch in einem Artikel für die Zeitung Yomiuri. Er erklärte:

"Wir haben begonnen, von der Absicht zum Handeln überzugehen und zu zeigen, dass Europa reagieren kann, wenn wir provoziert werden. Da wir nicht in einen Krieg mit Russland ziehen wollen, sind Wirtschaftssanktionen nun das Herzstück dieser Reaktion. Sie haben bereits erste Auswirkungen, die sich in den kommenden Monaten noch verstärken werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c50db6b480cc05d46e5664.jpg>

wpered.su: **„Nadeshda Donbassa“ übergab Material für kreative Kurse**

Vertreterinnen der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ übergaben der Leiterin eines kreativen Kurses verschiedene Materialien für Kurse, die für Kinder aus den frontnahen Bezirken durchgeführt werden. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Tatjana Konstantinowna arbeitet mit Kindern im Petrowskij-Bezirk von Donezk und in der Ortschaft Alexandrowka. Sie lenkt die Kinder nicht nur vom Kriegsalltag ab, sondern entwickelt auch ihr Denken, schenkt ihnen freudige Eindrücke und neue Werke. Die Beschäftigung mit kreativen Tätigkeiten entwickelt das Gedächtnis, die Aufmerksamkeit und die Feinmotorik, das Kind lernt zu denken und zu analysieren, zu vergleichen und sich etwas vorzustellen.

Die Materialien für die Leiterin wurden dank des allrussischen Frauenverbands „Nadeshda Rossii“ gesammelt und übergeben worden.

7:27 de.rt.com: **Duma-Chef lässt Aufkündigung des russisch-norwegischen Abkommens über Seegrenzen erörtern**

Angesichts der akuten Spannungen mit dem Westen wird jetzt in Russland die Möglichkeit geprüft, das russisch-norwegische Abkommen über die Seegrenzen aufzukündigen. Der Auslöser ist die Weigerung des Königreichs, Lieferungen aus Russland nach Spitzbergen durchzulassen.

Am Dienstag hat der Duma-Abgeordnete Michail Matwejew bei der Sitzung des russischen Unterhauses das angespannte Verhältnis zwischen Moskau und Oslo thematisiert. Der Kommunist verwies auf die jüngste Weigerung Norwegens, Lebensmittellieferungen für

Einwohner der russischen Bergbausiedlungen auf der norwegischen Inselgruppe Spitzbergen durchzulassen. In diesem Zusammenhang erinnerte Matwejew die Parlamentarier an das russisch-norwegische Abkommen über die Abgrenzung von Meeresräumen sowie die Zusammenarbeit in der Barentssee und im Arktischen Ozean, das vom Unterhaus des russischen Parlaments im Jahr 2010 ratifiziert worden war.

Matwejew zufolge hatte Russland dem NATO-Land damals 175.000 Quadratkilometer in der Barentssee abgetreten. Das Abkommen hätte die Zusammenarbeit der beiden Arktisstaaten positiv beeinflussen sollen.

"Heute sehen wir, wie das Königreich Norwegen uns daran hindert, Lebensmittel in unsere Siedlungen auf Spitzbergen zu liefern."

Nach dieser Rede beauftragte der Duma-Vorsitzende Wjatscheslaw Wolodin den Leiter des Außenausschusses Leonid Sluzki, sich mit der Angelegenheit auseinanderzusetzen und das Unterhaus über die Angelegenheit zu informieren.

Am 28. Juni hatte Norwegen Russlands Antrag auf den Transit von Lebensmitteln für die russischen Bergwerksiedlungen auf Spitzbergen abgelehnt. Der russische Generalkonsul auf der norwegischen Inselgruppe, Sergei Guschtschin, erklärte damals, dass die norwegischen Behörden wahrscheinlich nicht alle Konsequenzen dieses Schrittes durchkalkuliert hätten. Laut dem im Jahr 1920 in Paris abgeschlossenen Spitzbergenvertrag gehört die Inselgruppe dem Königreich Norwegen. Gleichzeitig garantiert das Dokument allen Bürgern der Vertragsstaaten gleiche Rechte auf Arbeit, Handel und Schifffahrt im Gebiet Spitzbergens. Zu den Vertragsstaaten gehört auch Russland als Nachfolger der UdSSR.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c43e48b480cc532e00427d.jpg>

Die russische Siedlung Barentsburg auf Spitzbergen

7:30 de.rt.com: **Washington: Warten darauf, dass Russland einend für ein Treffen zwischen Lawrow und Blinken bietet**

Das US-Außenministerium ist der Ansicht, dass Russland einen Grund für ein Treffen zwischen den diplomatischen Leitern der USA und Russlands, Anthony Blinken und Sergei Lawrow, geben sollte. Zurzeit sei ein solcher Kontakt nach Ansicht Washingtons nicht angebracht. Ein Beamter der US-Behörde soll laut RIA Nowosti in einem Telefon-Briefing erklärt haben:

"Wir möchten, dass Russland einen Grund für ein bilaterales Treffen mit Minister Lawrow angibt."

Das US-Außenamt hob hervor, es sei "nicht der richtige Zeitpunkt" für ein Treffen zwischen Blinken und Lawrow am Rande des G20-Ministertreffens, das am 7. und 8. Juli in Indonesien stattfinden wird. Ähnlich hatte sich zuvor auch der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow geäußert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c51176b480cc0415297673.jpg>

8:00 de.rt.com: **Gebietsverwaltung von Charkow äußert Ambitionen für Beitritt zu Russland**

Die Behörden und die Einwohner der befreiten Territorien des Gebietes Charkow wollen, dass das Gebiet Teil Russlands wird. Die zivile Übergangsverwaltung unterstütze diese Ansinnen der Bevölkerung, erklärte der Leiter der Gebietsverwaltung von Charkow Witali Gantschew gegenüber der Nachrichtenagentur [TASS](#). Er sagte:

"Unsere Verwaltung neigt immer mehr dazu, dass wir doch nach Russland streben. Und wenn die Menschen jetzt von der Führung hören, dass es hier eine entsprechende Macht gibt, dass es eine gewisse Vertikale gibt, und bereits entsprechende normative Rechtsdokumente sehen, die wir herausgeben, und sehen, wie der Rubel hier hereinkommt und die Hauptnische der Wirtschaft einnimmt, dann fangen die Menschen bereits an, sich umzustellen."

Er hob hervor, dass die Einwohner viele Fragen zur russischen Staatsbürgerschaft stellen. Zuvor hatte Gantschew erklärt, dass etwa 20 Prozent des Gebietes Charkow befreit worden seien. Ihm zufolge ist die Lage in den befreiten Gebieten weiterhin angespannt. Zahlreiche Siedlungen werden von den ukrainischen Streitkräften beschossen und es besteht weiterhin die Gefahr von Sabotageakten.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 6.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

So wurden durch **Beschuss seitens der bewaffneten Formationen der Ukraine mit einem taktischen Raketenkomplex „Totschka-U“** 6 Wohnhäuser sowie Verwaltungsgebäude der ersten Verkehrsgesellschaft und der staatlichen Netzgesellschaft beschädigt.

Tote und Verletzte gibt es nicht.

Technische Einheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik. So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 3 Hektar Gebiet von explosiven Objekten, die von den ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Lissitschansk und Sewerodonezk zurückgelassen worden waren, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik.

Gestern haben Freiwillige der Russischen Humanitären Mission mit Unterstützung der

Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner von Lissitschank geliefert.

8:30 de.rt.com: **Die Linke fordert ein Ende der Sanktionen gegen Russland**

In einem Interview mit der *Rheinischen Post* sagte der Vorsitzende des Energieausschusses im Bundestag, Klaus Ernst, man müsse auch trotz des Krieges mit Russland reden, um die Energieversorgung sicherzustellen. "Ein Ausfall der Gasversorgung würde nicht nur die Bürger gravierend treffen, sondern hätte auch verheerende Folgen für die Industrie", warnte er. Gegebenenfalls sollte man auch wieder Gespräche über die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 führen.

Ernst betonte, dass die energiepolitischen Sanktionen nicht wirken, sondern Russland dadurch nur noch mehr verdient:

"Die Sanktionen führen dazu, dass zwar weniger verkauft wird, aber die Erlöse aus diesen Verkäufen insgesamt höher sind".

Währenddessen leide die deutsche Bevölkerung an einer verfehlten Sanktionspolitik. Daher sei es "unmoralisch", die Sanktionen in dieser Weise aufrechtzuerhalten. Es sollten nur jene Schritte gegen Russland ergriffen werden, die den Krieg tatsächlich beenden könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5277fb480cc02cc4d289f.jpg>

9:00 de.rt.com: **Nach Kritik an Meldeauflagen für Wehrpflichtige: Selenskij fordert von Generalstab, Entscheidungen nicht ohne ihn zu treffen**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte am Dienstagabend in einer Videoansprache, er werde sich auf der nächsten Sitzung des Generalstabs einen Bericht über die Meldeauflagen für Wehrpflichtige anhören.

Zuvor hatte der ukrainische Generalstab mitgeteilt, dass wehrpflichtige Ukrainer für das Verlassen des Meldeorts eine Erlaubnis benötigen. Daraufhin hagelte es in den sozialen Medien Kritik. Die Nutzer schrieben, dies würde das Reisen innerhalb der Ukraine erschweren und die Korruption fördern.

Selenskij sagte:

"Ich verspreche dem Volk, die Sache zu klären, und bitte weiter den Generalstab, derartige Entscheidungen nicht ohne mich zu treffen".

Es gebe "Unverständnis" und "Empörung" in der Gesellschaft. Er habe den Verteidigungsminister, den Generalstabschef und den Oberbefehlshaber beauftragt, ihm am Dienstag alle Einzelheiten bezüglich der Entscheidung mitzuteilen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c51e7848fbef5c895739c1.jpg>

9:04 de.rt.com: **Moskau: Wollen zwischen venezolanischer Regierung und Opposition vermitteln**

Derzeit sind die Verhandlungen zwischen der Opposition und der Regierung in Venezuela unterbrochen. Aber Russlands Spitzendiplomat Sergei Lawrow bekräftigte den Vermittlungswillen seines Landes.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat erklärt, dass Russland bereit sei, die Vermittlung in einem internationalen Dialog zwischen den venezolanischen Behörden und der Opposition in Mexiko fortzusetzen, sollten die Verhandlungen wieder aufgenommen werden. "Wir haben unsere Bereitschaft bekräftigt, unseren konstruktiven Beitrag zur Förderung der friedlichen Beilegung innervenezolanischer Meinungsverschiedenheiten unter strikter Einhaltung der venezolanischen Verfassung und unter Wahrung der Souveränität des Landes fortzusetzen", sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz am Montag nach seinen bilateralen Gesprächen mit dem venezolanischen Außenminister Carlos Faría in Moskau.

"Für den Fall, dass die Behörden und die oppositionelle Einheitsplattform beschließen, die Verhandlungen in Mexiko wiederaufzunehmen, ist Russland bereit, diesen internationalen Dialog weiter zu vermitteln", erklärte der russische Spitzendiplomat.

Lawrow betonte, dass er dem venezolanischen Außenminister sehr dankbar sei für die Information über die Entwicklung der politischen Situation in Venezuela, einschließlich den Aktivitäten des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro. Dieser habe unter den inakzeptablen Bedingungen der Wirtschaftsblockade die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes gefördert, insbesondere im Hinblick auf die Schlüsselindustrien des Landes.

Die politische Lage in Venezuela war eskaliert, nachdem der venezolanische Oppositionsführer Juan Guaidó, dessen Ernennung zum Parlamentspräsidenten zwei Tage zuvor vom Obersten Gerichtshof des Landes annulliert worden war, sich am 23. Januar 2019 auf einer Kundgebung in der Hauptstadt Caracas zum amtierenden Interimspräsidenten erklärte hatte.

Die USA erkannten ihn als amtierenden Präsidenten an, ebenso wie die Mitglieder der Lima-Gruppe (mit der Ausnahme Mexikos), die Organisation Amerikanischer Staaten und die meisten EU-Länder. Der amtierende Präsident Maduro wiederum bezeichnete den Schritt als einen von Washington inszenierten Staatsstreich und kündigte an, die diplomatischen Beziehungen zu den USA abubrechen.

Russland, Weißrussland, Bolivien, Iran, Kuba, China, Nicaragua, Syrien und die Türkei sowie weitere Staaten sprachen sich für Maduro aus.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c40d5648fbef3d14339a9a.jpeg>
Der russische Außenminister Sergei Lawrow mit seinem venezolanischen Amtskollegen Carlos Faría (Moskau, 4. Juli 2022)

9:25 de.rt.com: **Russische Regierung billigt gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen mit der LVR**

Die russische Regierung hat den Entwurf eines Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Bildungsnachweisen und akademischen Graden zwischen Russland und der Volksrepublik Lugansk (LVR) gebilligt, heißt es auf der Webseite der Behörde. Demnach werde die Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zwischen Russland und der LVR weiter ausgebaut.

Ende Mai hatte die russische Regierung einen ähnlichen Entwurf zwischen Russland und der Volksrepublik Donezk gebilligt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c52e1a48fbef57f64f06f0.jpg>
Eine Schulabsolventin reicht ihre Unterlagen für die Zulassung zu einer Moskauer Universität ein

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 500 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **12 Zivilisten verletzt, 4 Zivilisten, darunter ein Kind, starben**. 25 Wohnhäuser und 16 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Haubitzen M-777, ein Lastwagen und mehr als 30 Mann. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka, Newelskoje und Kurdjumowka wurden beseitigt.

Wir wenden uns an alle Bürger auf dem zeitweilig von ukrainische Nationalisten kontrollierten Territorium. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos von den Sachverhalte zu machen ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziell Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in Telegram, werden die genannten Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung der ukrainischen Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes verwendet werden.

10:00 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet vier tote Zivilisten durch Angriffe aus Ukraine binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben binnen der letzten 24 Stunden 58 Angriffe der ukrainischen Streitkräfte registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 508 Geschosse abgefeuert. Das ukrainische Militär setzte Raketen vom Typ Grad sowie 155-, 122-, 120-, 82- und 80-Millimeter-Geschosse ein. Dabei wurden in drei Bezirken von Donezk vier Zivilisten getötet, darunter ein zehnjähriges Mädchen. Zwölf weitere zivile Einwohner von Donezk und Alexandrowka erlitten Verletzungen. Insgesamt wurden durch die Angriffe 25 Wohnhäuser und 16 zivile Infrastrukturobjekte in fünf Bezirken von Donezk sowie in Alexandrowka und Gorlowka beschädigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c533d6b480cc04345f7f1d.jpg>
g

Folgen von Beschuss in Gorlowka, 1. März 2022

10:19 de.rt.com: **Iran und Russland konkurrieren mit Preisnachlässen auf Chinas Ölmarkt – Bloomberg**

Russland und Iran konkurrieren Berichten zufolge zunehmend auf dem chinesischen

Erdölmarkt. Aufgrund der Preisnachlässe, die Moskau wegen der westlichen Sanktionen auf Ölexporte gewährt, sei Teheran gezwungen, seine Preise ebenfalls deutlich zu senken. Wie Bloomberg am Montag berichtete, sei Iran gezwungen, sein ohnehin schon günstiges Rohöl noch weiter zu verbilligen, um mit Russlands Exporten auf dem chinesischen Markt konkurrieren zu können. Dem von Sanktionen betroffenen Teheran blieben Berichten zufolge für seine Rohöllieferungen nur wenige Optionen.

Im Mai erreichten Russlands Exporte nach China ein Rekordhoch und überholten Saudi-Arabien als Hauptlieferant für den weltweit größten Rohölverbraucher. Nach Angaben des Branchenconsultingunternehmens FGE hat auch das russische Urals-Rohöl Lieferungen aus Iran verdrängt.

Vandana Hari, Gründerin von Vanda Insights in Singapur, erklärte gegenüber Bloomberg: "Der einzige Wettbewerb zwischen iranischem und russischem Öl könnte in China stattfinden, was ganz zum Vorteil Pekings wäre."

"Dies dürfte auch die Produzenten in den Golfstaaten beunruhigen, da ihre wichtigen Märkte von stark verbilligtem Rohöl eingenommen werden."

In den offiziellen Daten Chinas sind nur drei Monate der Importe aus Iran seit Ende 2020 aufgeführt, zwei davon im vergangenen Januar und Mai. Zahlen des Analyseunternehmens Kpler deuten jedoch auf einen stetigen Fluss von Rohöl von über 700.000 Barrel pro Tag im Mai und Juni hin.

Händler erklärten Bloomberg, dass der Preis für Öl aus Iran "fast zehn US-Dollar pro Barrel unter dem Brent-Future liegt, um es mit den Urals-Ladungen gleichzustellen". Die nächste Lieferung wird im kommenden Monat erwartet. Vor Februar lag der Preisabschlag noch bei vier bis fünf US-Dollar.

Den Händlern zufolge ist Russlands weniger schwefelhaltiges und qualitativ hochwertigeres ESPO-Rohöl teurer als iranisches Öl, obwohl es immer noch billiger ist als vergleichbare Lieferungen aus dem Nahen Osten.

China sei bereit, trotz der Herkunft des Öls einen Preisnachlass in Kauf zu nehmen, was die Lieferungen von anderen Anbietern dämpfe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c53af9b480cc02cc4d28b1.jpg>

10:20 de.rt.com: **Lawrow: Russland beschießt nicht seine eigenen Städte**

Die Behauptungen der Ukraine, wonach Russland seine eigenen Städte beschieße, seien unwahr, sagte Russlands Außenminister Sergei Lawrow. "Kurz gesagt: Sie lügen", erklärte er am Mittwoch gegenüber Journalisten und fügte hinzu: "Die Fakten sind bekannt, diese werden täglich von unserem Verteidigungsministerium präsentiert".

Die westlichen Länder müssten sich ihrer Verantwortung für den Tod von Zivilisten, vor allem im Donbass, wo die aus dem Westen gelieferten Waffen eingesetzt werden, bewusst sein, so Lawrow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c536bf48fbef5c895739d6.jpg>

11:38 (10:38) deu.belta.by: **Daide Rossi: Meinung über Belarus im Westen ist falsch und wird dank der NATO gebildet**

Die Meinung über Belarus im Westen ist falsch und wird dank der NATO gebildet, sagte Davide Rossi, Vorsitzender der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Schweiz gegenüber Reportern.

"Ich war bereits 2013 in Belarus. Die Meinung über Belarus im Westen ist falsch und bildet sich dank der NATO heraus. Nicht die ganze Welt denkt so, nur 30-40 Länder im Westen betrachten Belarus und Russland als Monster und Aggressor. Und die übrigen 160 Länder, angefangen mit China und Brasilien, teilen diese Meinung nicht. Und da dort mehr Menschen leben, ist die Mehrheit nicht dafür. Ich bin sicher, dass diese falsche Meinung mit der Zeit aus dem Bewusstsein der Europäer verschwindet, sie werden nüchtern betrachten, was jetzt vor sich geht", sagte Davide Rossi.

Der Experte ist zuversichtlich, dass eines Tages Frieden herrschen wird. "Leider sind die Länder, die die NATO unterstützen, noch nicht bereit, Friedensgespräche zu führen. Das heißt, sie haben nicht die Politik, an den Verhandlungstisch zu kommen, sondern wollen nur weiterhin Waffen an die Ukraine liefern. Wir befinden uns also in einer sehr schwierigen Situation, da dieser bewaffnete Konflikt auf andere Länder und Kontinente übergreifen kann. Ich hoffe, dass Ihr Volk, meine Parteigenossen und alle, die uns unterstützen, einen großen Beitrag zum Frieden leisten können", fügte er hinzu.

Die Mitglieder des ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses treffen sich heute mit Davide Rossi, Vorsitzender der Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Schweiz. Der Besuch des Professors fällt zeitlich mit seiner Teilnahme an den Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag der Republik Belarus zusammen. Darüber hinaus sind Besuche zu den belarussischen Staatsbehörden und ein Treffen mit der Führung der Kommunistischen Partei von Belarus geplant, um den belarussisch-schweizerischen Dialog auszubauen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1657096905_61181_big.jpg

Telegram-Kanal der Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 6. Juli 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 241 Ortschaften, einschließlich Spornoje, befreit.
Der Vormarsch in Richtung Slawjansk läuft.

10:50 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje ruft Ukrainer zu Dienstverweigerung auf: "Kommt auf das befreite Territorium!"**

Die militärisch-zivile Verwaltung des von der russischen Armee kontrollierten Teils des Gebiets Saporoschje ruft Ukrainer aus den bislang vom ukrainischen Militär kontrollierten Teilen des Gebietes auf, keine Einberufungsbefehle zu akzeptieren und stattdessen in die befreiten Teile von Saporoschje zu kommen. Der Sprecher der Verwaltung, Wladimir Rogow, wird von den russischen Medien unter Berufung auf seinen Telegram-Account mit den Worten zitiert:

"Liebe Landsleute, seid umsichtig! Akzeptiert keine Einberufungsbefehle und haltet euch nicht an euren offiziellen Wohnorten auf, wo man euch leicht finden kann. Wenn ihr die Möglichkeit habt, kommt auf das befreite Territorium."

Zuvor hatte der Generalstab in Kiew das Verbot für die Ukrainer im wehrpflichtigen Alter bestätigt, ihren Wohnort ohne Genehmigung des jeweiligen Kriegskommissariats zu verlassen. Am selben Tag kündigte der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung von Saporoschje, Jewgeni Balizki, an, dass man die Einwohner des Gebiets in den kommenden fünf Jahren nicht einberufen werde. Das fünfjährige Mobilisierungsmoratorium erklärte er mit den Lügen der ukrainischen Medien, wonach Menschen in den "befreiten" Gebieten zwangsläufig mobilisiert würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c53ad1b480cc041529769c.jpg>
Ein Lokführer am Bahnhof der Stadt Melitopol im Gebiet Saporoschje, die von der russischen Armee kontrolliert wird, 21. Juni 2022

11:40 de.rt.com: **Erste ukrainische Armeeinghörige treffen in Großbritannien zur Ausbildung ein**

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace hat in einer [Pressemitteilung](#) vom 5. Juli bekannt gegeben, dass erste Armeeinghörige aus der Ukraine zur Ausbildung in Großbritannien eingetroffen seien. Das Training gehöre demnach zu einem "innovativen Programm", bei dem man bis zu 10.000 neue ukrainische Rekruten ausbilden werde. Dies sei ein Teil des 2,3 Milliarden Pfund schweren britischen Hilfspakets für die Ukraine. Wallace zufolge fuße die Ausbildung auf dem Basistraining, das im britischen Militär üblich sei. Dazu gehörten der Umgang mit Waffen, die Erweisung erster Hilfe im Kampf, Patrouillentaktiken, Feldschulungen und das Kriegsrecht. Jeder Kurs nehme mehrere Wochen in Anspruch.

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Bartsch widerspricht Ernst: Fordern keine Gespräche zu Nord Stream 2**
Der Vorsitzende der Linksfraktion, Dietmar Bartsch, distanzierte sich von den Aussagen des Energieexperten der Linksfraktion im Bundestag, Klaus Ernst. Bartsch [twitterte](#) am Mittwoch, dass die Linke und die Linksfraktion keine Aufnahme der Gespräche zu einer Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 fordern.

Zuvor hatte Ernst in einem Interview gegenüber der *Rheinischen Post* gesagt, die Bundesregierung müsse trotz des Krieges über die Gasversorgung mit Russland reden, "gegebenenfalls auch darüber, Nord Stream 2 befristet in Betrieb zu nehmen, wenn die Gasversorgung nicht anders zu gewährleisten ist".

12:25 de.rt.com: **Russland warnt OPCW vor möglicher ukrainischer Provokation mit Chemiewaffen**

Russland hat die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vor einer möglichen Provokation seitens der Ukraine gewarnt. Nach Angaben des russischen Botschafters bei der Organisation, Alexander Schulgin, plane die Ukraine einen Einsatz von Chemiewaffen im Slawjanskaja-Wärmeleistungswerk in der Ortschaft Nikolajewka. Weitere Provokationen seien in den Städten Nikolajew und Charkow möglich.

Im Fernsehsender Rossija 24 sagte Schulgin, man habe die entsprechende Note an das Technische Sekretariat der OPCW geschickt. Insgesamt habe Russland schon etwa zwei

Dutzend Noten geschickt. Die Organisation habe bestätigt, diese Informationen erhalten zu haben. Sie würden dann unter den Mitgliedsstaaten weiterverbreitet. Zuvor hatte der Chef des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, erklärt, dass ukrainische Kämpfer in der Volksrepublik Donezk eine Provokation mit Chlor vorbereiteten. Deren Ziel sei es, Russland für nichtselektive Angriffe auf Chemieobjekte verantwortlich zu machen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c548fab480cc04152976aa.jpg>

13:33 (12:33) deu.belta.by: **Eigener internationaler Standard für Markt der Edelmetalle muss in EAWU geschaffen werden**

In der Eurasischen Wirtschaftsunion plant man die Schaffung eines eigenen internationalen Standards für den Edelmetallmarkt, hat heute Ija Malkina, Sprecherin der Eurasischen Wirtschaftskommission, bei einem Briefing bekannt gegeben.

"Am 11. Juli will Sergej Glasijew, Vorstandsmitglied (Minister) für Integration und Makroökonomie, ein Treffen mit Vertretern der Mitgliedsstaaten über die Schaffung eines internationalen Standards für den Edelmetallmarkt abhalten. Auf dem Treffen wird ein Vorschlag zur Schaffung eines internationalen Standards für den Edelmetallmarkt als Alternative zur London Bullion Market Association (LBMA) und zur tokenisierten Infrastruktur für den Gold- und Edelmetallhandel erörtert“, so Ija Malkina.

Am Treffen werden Experten von den Finanzministerien und nationalen (Zentral-)Banken, Nationalbörsen sowie anderen interessierten Organisationen der EAWU-Staaten teilnehmen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000021_1657103742_61184_big

.jpg

12:45 de.rt.com: **Russische Hacker enthüllen Daten ukrainischer Militärgeheimdienstler**

Die Hackergruppe RaHDit ("Böse russische Hacker") hat auf der von ihr betriebenen Webseite Nemesis Daten von Hunderten Mitarbeitern der Hauptverwaltung der Aufklärung (GUR) des ukrainischen Verteidigungsministeriums publik gemacht. Die Echtheit der Daten wurde von einer Quelle in den russischen Geheimdiensten gegenüber [RIA Nowosti](#) bestätigt. Zu den enthüllten Geheimdienstmitarbeitern gehören Vertreter von Botschaftsresidenturen in Russland, Indien, Österreich, Vietnam, Südafrika, Italien, der Türkei und dem Iran. Auf der Liste stehen auch Daten über Kuratoren der Militäraufklärung in Polen, Ungarn, Bulgarien und der Slowakei, Subversionsausbilder und Vertreter von Spezialeinheiten für Agenten- und Truppenaufklärung.

Wie im Begleitkommentar zur Veröffentlichung erwähnt, trugen Sicherheitsmängel in den Netzwerken der GUR-Zentraldirektion auf der Rybalski-Insel in Kiew sowie Methoden der Big-Data-Analyse auf der Grundlage typischer Nutzerverhaltensmuster zur Bildung der Datenbank bei.

Dies ist das größte Leck in ukrainischen Geheimdienstdaten seit dem Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine. RaHDit wies zudem darauf hin, dass dies nur das erste Material in einer Reihe von kommenden Veröffentlichungen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c555d6b480cc738d08a9a9.jpg>

13:05 de.rt.com: **Nordsee: Stau der Containerschiffe wächst weiter**

Die Lieferketten hängen weltweit zusammen – und sind durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine unterbrochen worden. Nun warten zahlreiche Containerschiffe in der Nordsee auf ihre Abfertigung. Im vergangenen Monat ist der Stau weiter gewachsen, meldete das Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) am Mittwoch. Inzwischen stünden dort mehr als zwei Prozent der globalen Frachtkapazität still und könnten weder be- noch entladen werden. "Ein Ende der Staus in der Containerschiffahrt ist derzeit nicht in Sicht", teilte Vincent Stamer mit, der den Kiel Trade Indicator des IfW leitet. Dieser erfasst die weltweiten Handelsströme in der Schifffahrt.

Im Hafen von Sankt Petersburg, wo Waren aus Europa ankommen, ist das Frachtaufkommen nach Angaben des IfW eingebrochen. In den russischen Häfen, die im Asienhandel eingebunden seien, erhole es sich dagegen etwas. Das zeige den Versuch, den wegen des Kriegs verlorenen Handel mit Europa in Asien zu ersetzen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c546e948fbef5b817198a3.jpg>
g

13:35 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören zwei HIMARS-Raketenwerfer der USA in der DVR**

Die russische Luftwaffe hat nach Angaben des Verteidigungsministeriums zwei US-amerikanische Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesysteme des Typs HIMARS in der Volksrepublik Donezk zerstört. In einer Mitteilung der Behörde hieß es: "In der Umgebung der Siedlung Malotaranowka in der Volksrepublik Donezk wurden durch hochpräzise luftgestützte Raketen zwei Abschussanlagen der HIMARS-Mehrfachraketenwerfer aus US-amerikanischer Produktion und zwei Munitionsdepots zerstört."

Darüber hinaus trafen die russischen Luftstreitkräfte eine provisorische Unterkunft des 22. motorisierten Infanteriebataillons der 92. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Charkow, so der Bericht. Dabei wurden bis zu 100 ukrainische Nationalisten getötet und vier Militärtechnik-Einheiten vernichtet.

14:15 de.rt.com: **Von der Leyen: EU-Kommission legt noch in diesem Monat einen Notfallplan vor**

Die Europäische Union muss sich nach Einschätzung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für den Fall eines vollständigen Ausfalls von Gaslieferungen aus Russland wappnen. Bereits jetzt seien ein Dutzend EU-Mitglieder von Kürzungen oder einem Ausfall der Gaslieferungen aus Russland betroffen, so von der Leyen. Am Mittwoch erklärte sie vor dem EU-Parlament in Straßburg:

"Wir müssen uns auf weitere Unterbrechungen der Gasversorgung aus Russland vorbereiten, sogar auf eine vollständige Beendigung."

Von der Leyen kündigte an, einen Notfallplan Mitte dieses Monats vorzulegen. "Die Mitgliedstaaten verfügen bereits über nationale Notfallpläne. Das ist gut, aber wir brauchen europäische Koordinierung und gemeinsames Handeln", sagte sie. So müsse sichergestellt werden, dass im Falle einer vollständigen Lieferunterbrechung aus Russland noch vorhandene Gasströme dorthin fließen, wo sie am dringendsten benötigt würden. Ferner erklärte sie: "Wir müssen für europäische Solidarität sorgen. Und wir müssen den Binnenmarkt und die Lieferketten der Industrie schützen."

Es gelte dabei, die bittere Lehre nicht zu vergessen, die man zu Beginn der Corona-Pandemie gelernt habe. Egoismus, Protektionismus, geschlossene Grenzen und Exportverbote hätten da nur zu Uneinigkeit und Fragmentierung geführt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5592248fbef35ff63042b.jpg>

14:25 de.rt.com: **Für die Energiesicherheit Europas? – Norwegische Regierung beendet Streik von Öl- und Gasarbeitern**

Im schlimmsten Fall hätte die geplante Eskalation des Streiks der norwegischen Offshore-Öl- und Gasarbeiter am Dienstag dazu geführt, dass europäische Länder wie Belgien und das Vereinigte Königreich ab Samstag kein norwegisches Erdgas empfangen hätten.

Die norwegische Regierung hat interveniert, um einen Streik im Energiesektor zu beenden, der die Öl- und Gasproduktion des Landes beeinträchtigt hatte, so das Arbeitsministerium. Die Intervention der Regierung beendete eine mögliche Krise, die die Energieknappheit in Europa weiter verschärft hätte.

"Es ist nicht zu rechtfertigen, dass die Gasproduktion in einem solchen Ausmaß gedrosselt wird", sagte Arbeitsministerin Marte Mjøs Persen gegenüber dem staatlichen Rundfunksender NRK. Insbesondere die anhaltende Energiekrise und der Konflikt in der Ukraine müssten berücksichtigt werden, betonte sie.

Mjøs Persen betonte die "lebenswichtige Rolle" Norwegens bei der Gasversorgung Europas, weshalb die geplante Eskalation schwerwiegende Folgen für Großbritannien, Deutschland und andere Länder gehabt hätte, sodass die Regierung gezwungen gewesen wäre, von ihrem Recht auf Intervention Gebrauch zu machen. Diese Befugnisse wurden bereits früher genutzt, um Streiks im Erdölsektor zu beenden und damit Norwegens Ruf als zuverlässigen Gaslieferanten für Europa zu schützen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Lederne, Audun Ingvarsen, erklärte, dass die Arbeiter "so bald wie möglich" wieder an die Arbeit gehen würden.

Die norwegischen Arbeiter auf den Offshore Öl- und Gasplattformen fordern mehr Lohn und streikten am Dienstag. Eine geplante Eskalation des Arbeitskampfes hätte die Exporte des Landes gefährdet und die Lieferengpässe nach Europa wegen des Sanktionskrieges und des Ukraine-Konflikts verschärft.

Wäre der Arbeitskampf bis Samstag fortgesetzt worden, hätte der Streik zu einem Rückgang der täglichen Gasausfuhren um mehr als umgerechnet 1.110.000 Barrel oder 56 Prozent der täglichen Gasausfuhren geführt. Mehr als 340.000 Barrel Erdöl oder mehr als 17 Prozent der täglichen Produktion wären verloren gegangen, so der norwegische Arbeitgeberverband der Öl- und Gasindustrie (NOG). Im schlimmsten Fall hätten Belgien und das Vereinigte Königreich ab Samstag ohne norwegisches Pipeline-Gas auskommen müssen.

Zuvor hatten die Gewerkschaftsmitglieder ihre Besorgnis über die zunehmende Inflation zum Ausdruck gebracht, die ihre Löhne aufzehrt. Letzte Woche lehnten sie eine Lohnerhöhung von bis zu 4,5 Prozent ab, die zwischen den Gewerkschaftsführern und den Ölgesellschaften ausgehandelt worden war. Zum Vergleich: Die Inflation lag im Mai bei 5,7 Prozent.

Die von der Regierung erzwungene Einigung sieht vor, dass die Beschäftigten dieselben Bedingungen erhalten wie die beiden anderen Ölgewerkschaften, die mit den Arbeitgebern einen Vertrag ausgehandelt hatten, wobei ein unabhängiger Ausschuss mit der Klärung der Einzelheiten beauftragt wurde.

Öl und Gas aus Norwegen, nach Russland der zweitgrößte Energielieferant Europas, ist angesichts der Energieknappheit auf dem Kontinent sehr gefragt. Da die russischen Lieferungen aufgrund der massiven EU-Sanktionen, der Weigerung einiger europäischer Länder, Moskaus Forderungen zu erfüllen und für russische Energie in Rubel zu zahlen, und der Pläne Brüssels, die Energieimporte aus Russland letztendlich ganz einzustellen, auf ein mehrjähriges Tief gefallen sind, werden Norwegens Exporte für Europa immer wichtiger. Im Jahr 2021 deckte Norwegen ein Viertel des Gasbedarfs der EU und des Vereinigten Königreichs und etwa acht Prozent des Ölbedarfs. Kürzlich erklärte Oslo, es kann mehr russisches Gas ersetzen, wenn Europa seine Nachfrage sicherstelle.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c5726eb480cc77404486f4.jpg>

14:40 de.rt.com: **"Nichts, wofür man sich schämen muss" – Lawrow zu den in Frankreich veröffentlichten Protokollen der Telefonate Macrons mit Putin**

Russland ist bereit, für seine Haltung einzustehen und führt Verhandlungen immer so, dass es "sich hinterher für nichts schämen muss", sagte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Mittwoch auf einer Pressekonferenz in Hanoi, nachdem Paris die vertraulichen Gespräche zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dessen französischen Amtskollegen Emmanuel Macron veröffentlicht hatte.

"Im Grunde genommen führen wir Gespräche immer so, dass wir uns hinterher für nichts schämen müssen. Wir sagen immer, was wir denken, und sind bereit, uns für unsere Worte zu verantworten und unseren Standpunkt klarzustellen", sagte Lawrow am Rande seiner Verhandlungen mit dem vietnamesischen Amtskollegen Bui Thanh Son.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c56282b480cc28b33e62cf.jpg>

Sergei Lawrow mit dem vietnamesischen Außenminister Bui Thanh Son (06.07.22)

14:57 de.rt.com: **Moskau: Waffen aus dem Westen werden Ergebnis der Sonderoperation in der Ukraine nicht beeinflussen**

Die Ziele der russischen Sonderoperation in der Ukraine werden trotz der militärischen Unterstützung des Landes durch die USA und weitere westliche Länder erreicht. Das verkündete der Sekretär des russischen Sicherheitsrates Nikolai Patruschew.

Moskau: Waffen aus dem Westen werden Ergebnis der Sonderoperation in der Ukraine nicht beeinflussen

Waffenlieferungen an die Ukraine durch die USA und weitere Staaten werden keinen Einfluss auf den Ausgang der laufenden Militäroperation Russlands haben. Das verkündete der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Russlands Nikolai Patruschew am Dienstag auf einer Sitzung in der fernöstlichen Stadt Chabarowsk.

"Russlands Ziele werden trotz der militärischen Unterstützung der Ukraine durch die USA und den Westen erreicht werden", so Patruschew, der einst an der Spitze des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB stand.

Weiter hob der Beamte hervor, dass der Militäreinsatz in der Ukraine durch eine ganze Reihe von Bedrohungen "nicht nur für die Sicherheit Russlands, sondern für die ganze Welt" ausgelöst worden sei. Als Beispiele für solche Bedrohungen nannte er die Verbreitung der Neonazi-Ideologie und die Bio-Labors im Land, die mit dem Pentagon in Verbindung stehen und aus den USA finanziert werden.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat bereits erklärt, dass die Militäroperation zur Entmilitarisierung der Ukraine und zum Schutz der Bevölkerung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, deren Unabhängigkeit Russland im Februar anerkannt hat, gestartet wurde.

Moskau habe keine andere Möglichkeit gehabt, das jahrelange Blutvergießen im Donbass zu beenden, erklärte der Präsident im März, weniger als einen Monat nach Beginn der Militäraktion.

Ende Juni betonte Putin während einer Auslandsreise in Aschgabat, das Bestreben Russlands in der Ukraine hätte sich nicht geändert. Einziges Ziel bleibe, "den Donbass zu befreien, diese Menschen zu schützen und Bedingungen zu schaffen, die die Sicherheit Russlands garantieren."

Am 3. Juli gab der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu bekannt, dass die russischen Streitkräfte und die Milizen im Donbass die Kontrolle über das gesamte Gebiet der Lugansker Volksrepublik übernommen haben.

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur

Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat inzwischen jedoch zugegeben, dass Kiew den Waffenstillstand von Minsk II. vor allem dazu nutzen wollte, um Zeit zu gewinnen und "mächtige Streitkräfte zu schaffen".

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c570afb480cc753e4960dd.jpg>

15:15 de.rt.com: **Zwei mutmaßliche Sprengstoffattentäter in Cherson verhaftet**

In dem russisch kontrollierten Cherson nahmen FSB-Beamte zwei Einwohner der Stadt fest – Andrei Sereshenko und Oleg Pronko.

Auf Anweisung der Hauptverwaltung für Nachrichtendienste des ukrainischen Verteidigungsministeriums verübten sie mutmaßlich einen Terroranschlag, um Jewgeni Sobolew, den regionalen Leiter des Strafvollzugsdienstes, zu töten. Der Beamte wurde bei dem Anschlag verwundet.

Die [Festgenommenen](#) sollen nach Angaben der Ermittlungsbehörden bereits gestanden haben.

15:45 de.rt.com: **G20-Außenministertreffen: Blinken will Gruppenfotos mit Lawrow vermeiden**

Sowohl der US-Außenminister Antony Blinken als auch sein russischer Amtskollege Sergei Lawrow werden diese Woche an einem Ministertreffen der G20-Staaten auf der nordindonesischen Insel Bali teilnehmen.

Wie CNN berichtet, wolle Blinken bei dem Zusammenkommen gemeinsame Fotos mit Lawrow vermeiden. Außerdem werde er versuchen, "die falschen Darstellungen seines russischen Amtskollegen über den Ukraine-Krieg zu widerlegen", sagte ein mit der Angelegenheit vertrauter US-Beamter zu CNN.

Die beiden Außenminister werden sich in Bali erstmals persönlich seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine treffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c56a33b480cc73b10123dc.jpg>

US-Außenminister Antony Blinken (links) und der russische Außenminister Sergei Lawrow am 21. Januar 2022 in Genf, Schweiz

16:45 de.rt.com: **Kunst? Installation in Prag soll ukrainische Mütter ehren**

Im Zentrum von Prag ist eine ungewöhnliche Skulptur aufgetaucht – eine Frauenfigur, die in einer Höhe von mehreren Metern schwebt. Das Werk namens "Vinok" ist allen ukrainischen Müttern gewidmet, die unter der russischen Militärintervention gelitten haben.

Die Autorin der Skulptur ist die tschechische Künstlerin Veronika Psočková. Vinok ist ein traditioneller ukrainischer Blumenkopfschmuck.

Nicht alle ukrainischen Mütter sind von der Ehrung begeistert. So äußerte sich die Publizistin Miroslawa Berdnik auf ihrem Telegram-Kanal sehr abwertend über die Installation und die Künstlerin. Andere kritisieren, es werde versucht, schlechte Kunst durch Verbindung mit dem Ukraine-Thema zu legitimieren und gewinnbringend zu "verkaufen". Einen ähnlichen Fall hat es vor einigen Wochen in der bulgarischen Hauptstadt Sofia gegeben, wo ein Bildhauer eine vor geraumer Zeit geschaffene Skulptur in "Ukrainische Mutter" umtaufte und unter dem neuen Namen an die Stadt verkaufte.

PRAGUE

Newly Installed Sculpture in Prague Honors Ukrainian Mothers

PRAGUE MORNING | JUL 4, 2022



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c55a9a48fbef5b817198be.PN>

[G](#)

Screenshot der Webseite www.praguemorning.cz

17:56 (16:56) novorosinform.org: **Unruhen in Nukus wurden von externen Kräften vorbereitet – Mersijojew**

Der usbekische Präsident Schawkat Mersijojew beschuldigte ausländische Kräfte, einen Staatsstreich im Land vorzubereiten. Dies wird von Sputnik Usbekistan gemeldet.

Der Staatschef stellte fest, dass die Unruhen in der Hauptstadt von Karakalpakstan absichtlich organisiert wurden.

"Natürlich wurden diese Veranstaltungen nicht an einem oder zehn Tagen organisiert. Diese Aktionen wurden jahrelang von ausländischen Kräften vorbereitet", sagte Mersijojew.

Nach Angaben des Präsidenten war der Hauptzweck der Unruhen ein Eingriff in die territoriale Integrität Usbekistans und die Schaffung eines Konflikts aus ethnischen Gründen.

Zuvor war bekannt geworden, dass bei Unruhen in der Hauptstadt der Republik

Karakalpakstan 18 Menschen getötet wurden, mehr als 240 Bürger wurden verletzt.



https://novorosinform.org/content/images/84/10/48410_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 72 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurden 3 Kommunikationsobjekte für die Inbetriebnahme vorbereitet.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3500 Menschen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka und Iljitschewskoje durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 30 Hektar Territorium und 2000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 298 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

18:13 (17:13) deu.belta.by: **Kossygin: Unsere Antwort auf Provokationen des Westens**

wird definitiv angemessen und hart sein

Unsere Antwort auf westliche Provokationen wird definitiv angemessen und hart sein. Das sagte Generalmajor Ruslan Kossygin, Chef der Hauptnachrichtendirektion und stellvertretender Generalstabschef der belarussischen Streitkräfte, heute vor Journalisten.

„Polen verwandelt sich genauso wie die baltischen Staaten in einen Schießplatz, auf dem die USA einen weiteren blutigen Konflikt in Europa gegen die Russische Föderation und ihre Verbündeten anzetteln wollen. Diese Pläne werden übrigens durch die derzeitige Einsatz- und Gefechtsausbildung bestätigt, bei der die Verlegung von Truppen, die Bildung von Gruppen, ihr Einsatz und Unterstützung geprobt werden. Dabei treten Russland und Belarus als Feinde auf“, so Ruslan Kossygin. „Das Maßnahmenpaket zur Errichtung des europäischen US-Raketenabwehrsystems verdient unter dem Gesichtspunkt der Herausforderungen und militärischen Bedrohungen, auch für unser Land, besondere Aufmerksamkeit. Gegenwärtig wird die Inbetriebnahme der Raketenabwehr in Polen abgeschlossen. Ein weiterer destruktiver Trend in den Aktivitäten Warschaws, der eine sorgfältige Beobachtung und Analyse erfordert, sind die bisher unbegründeten, aber gleichzeitig gefährlichen Versuche einzelner polnischer Politiker, die Rückgabe der so genannten polnischen Heimatgebiete, d.h. der westlichen Regionen der Ukraine und der Republik Belarus, zu initiieren.

„So führen die militaristischen Bestrebungen Polens, die durch heftige Äußerungen lokaler Politiker angeheizt und vom kollektiven Westen unter Führung der Vereinigten Staaten aktiv unterstützt werden, zu einer schrittweisen Verschärfung der militärischen und politischen Lage an den Grenzen des Unionsstaates“, sagte der Generalmajor. „Darüber hinaus deutet der gesamte Komplex der militärischen Vorbereitungen des Westens, nicht zuletzt in Polen, darauf hin, dass Washington und Brüssel unter dem Vorwand, die Bedrohung aus dem Osten abzuschrecken, systematisch Mechanismen ausarbeiten, um in kürzester Zeit Truppenkräfte für ihren möglichen Einsatz in den entsprechenden Einsatzgebieten zu bilden, sowie eine umfassende Unterstützung für ihre Aktionen. Im Grunde genommen handelt es sich um eine Vorbereitung für die Durchführung von Militäroperationen im Osten“, betonte er. Und das alles vor dem Hintergrund der Degradierung der westeuropäischen Länder und dem tatsächlichen Verlust ihrer Entscheidungsautonomie.

„Gleichzeitig (und das sollte vor allem die polnischen Staatsführung begreifen) wird im Falle eines Konflikts das polnische Territorium mit seiner militärischen Infrastruktur zum ersten Angriffsobjekt. Dort befinden sich Entscheidungszentren, Elemente des Kommandosystems, ständige Einsatzorte der nationalen Streitkräfte, Arsenale und Stützpunkte sowie kritisch wichtige Objekte ihrer Wirtschaft und der Verkehrsinfrastruktur. Wie der belarussische Staatschef mehrmals gesagt hat, wird Belarus sofort reagieren, wenn der Westen versuchen sollte, mit unserem Staat aus der Position der Macht heraus zu sprechen“, fügte Ruslan Kossygin hinzu. „Die Republik Belarus ist nicht an einem solchen Szenario interessiert. Interessiert daran sind die Anhänger von Allen Dulles, die die unerwünschten Regierungen gestürzt haben, indem sie die raffiniertesten Methoden und Techniken der hybriden Kriegsführung mit konventionellen Waffen kombinierten. Ihnen war kein Menschenleben etwas Wert, um ihre Ziele zu erreichen. Die Belarussen sind ein friedliebendes Volk, aber wir sind auf verschiedene Szenarien vorbereitet. Wir möchten nicht, dass dieses Szenario aufgeht, aber der Westen muss sich im Klaren darüber sein, dass wir auf jede bewaffnete Provokationen angemessen und hart reagieren werden.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1657120463_61190_big.jpg

17:15 de.rt.com: **Scholz: Deutschland bereit, der Ukraine Sicherheitsgarantien zu geben**
Bundeskanzler Olaf Scholz hat beim Thema Sicherheitsgarantien für die Ukraine erneut die Bereitschaft eingeräumt, diese Kiew zu gewähren. Der SPD-Politiker sagte bei der Regierungsbefragung im Bundestag am Mittwoch:

"Die Frage, wie das organisiert werden kann, wird besprochen zwischen den Staaten, die als G7 zusammengekommen sind, aber auch all denjenigen, die bereit sind, solche Sicherheitsgarantien zu geben. Deutschland ist eines dieser Länder, die dazugehören."

Diese würden allerdings nicht einen automatischen militärischen Beistand im Falle eines Angriffs umfassen, der in Artikel 5 des NATO-Vertrages enthalten ist, betonte Scholz. Eine nähere Konkretisierung der Sicherheitsgarantien hielt der Kanzler an diesem Punkt für unmöglich, wobei er den "hochwirksamen Sanktionen" gegen Russland in diesem Prozess eine wichtige Rolle beimaß.

Eine darauffolgende Frage des AfD-Abgeordneten Steffen Kotré, der die Sanktionen gegen Russland als "nutzlos" bezeichnete und eine Inbetriebnahme der Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und Deutschland forderte, kommentierte Scholz mit harschen Worten: "Ich halte fest: Die AfD ist nicht nur eine rechtspopulistische Partei, sondern auch die Partei Russlands."

Der Kanzler bekräftigte, dass Deutschland sich auf den Verzicht auf russisches Öl und Gas vorbereite und dafür auch die notwendige Infrastruktur errichte. Er sagte:

"Das ist wirkliche Energiesicherheit für Deutschland im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5885248fbef6d414ce2eb.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag, 6. Juli

2022

17:23 de.rt.com: **Bericht: Jewish Agency soll ihre Arbeit in Russland einstellen**

Die russische Regierung hat, laut israelischen Medien, die Vertreter der "Jewish Agency for Israel" angewiesen, ihre Arbeit in Russland einzustellen. Die Beziehungen zwischen Moskau und Tel Aviv haben sich im Zuge des Ukraine-Krieges schrittweise verschlechtert.

Die russische Regierung hat die "Jewish Agency for Israel" darüber unterrichtet, dass ihre Aktivitäten im Land gegen russisches Recht verstoßen und daher eingestellt werden müssen. In einem Brief, den das russische Justizministerium am vergangenen Freitag an das Büro der Agentur in Moskau gesendet hat, heißt es, dass die Organisation unter Verstoß gegen die Gesetze Daten über russische Bürger sammelt, speichert und vermittelt. Diese Anklage bezieht sich auf die Daten, die die Agentur über Kandidaten für die Einwanderung in Israel sammelt. Die Agentur ist für die Förderung und Durchführung der jüdischen Auswanderung aus aller Welt nach Israel zuständig.

In dem Brief heißt es, dass dieses Verhalten gegen russische Gesetze zum Datenschutz verstößt, und dass die Agentur in Russland geschlossen werden müsse.

Russland habe jedoch nicht ausdrücklich verlangt, dass die Agentur den Betrieb unverzüglich einstellt. Insofern behandle die Organisation das Schreiben als Ausgangspunkt für Verhandlungen, die letztendlich zu einem Kompromiss führen könnten, hieß es in der israelischen Tageszeitung [Haaretz](#). Die Jewish Agency gab eine Erklärung ab, in der sie betonte, dass die Organisation "klarstellen möchte, dass sie trotz bestimmter Berichte keine Anweisungen von der russischen Regierung erhalten hat, ihre Aktivitäten einzustellen". Immer mehr russische Juden seien seit Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar nach Israel eingewandert, angetrieben von Wirtschaftssanktionen und "zunehmender politischer Verfolgung" im eigenen Land, behauptete die Haaretz.

Da viele internationale Fluggesellschaften mittlerweile Russland nicht mehr anfliegen, könnten die Auswanderer im Falle einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Tel Aviv und Moskau möglicherweise auch nicht mehr auf einfachem Wege das Land verlassen, warnte die Jüdische Allgemeine in Deutschland. Pinchas Goldschmidt, der ehemalige Oberrabbiner von Moskau, hatte vor kurzem Russland in Richtung Israel verlassen – angeblich wegen seiner kritischen Haltung zu dem russischen Vorgehen in der Ukraine.

Die Beziehungen zwischen Moskau und Tel Aviv verschlechterten sich im Zuge des Ukraine-Krieges schrittweise, vor allem, nachdem Israel die Sonderoperation Russlands in der Ukraine verurteilt hatte. Der Tonfall zwischen Moskau und Tel Aviv wurde noch schärfer, als der russische Außenminister Sergei Lawrow im Mai gegenüber einem italienischen [Fernsehsender](#) einen Vergleich zwischen Wladimir Selenskij und Adolf Hitler zog, womit er vor Nazi-Elementen in der Ukraine gewarnt hatte. Israel hat bislang keine Waffen an die Ukraine geliefert. Der ukrainische Präsident Selenskij – selbst Jude – zog wiederholt Bilder des Holocausts heran, um Israel öffentlich zu nötigen, Waffen für die Ukraine bereitzustellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c581c748fbef6e020dda7e.jpg>

Äthiopisch-jüdische Einwanderer kommen am 1. Juni 2022 mit einem von der Jewish Agency gecharterten Sonderflugzeug am Flughafen Ben Gurion in Lod nach Israel

18:32 (17:32) novorosinform.org: **Ein Kind starb durch Beschuss der Streitkräfte der Ukraine in Makejewka – Stab der Territorialverteidigung**

Die ukrainische Armee hat erneut den zentralen Stadtbezirk von Makejewka beschossen, ein Kind wurde von einer feindlichen Granate getötet. Dies teilte der Stab der Territorialverteidigung der DVR mit.

Außerdem wurden nach Angaben der Behörde 4 Personen durch den Beschuss von Jasinowataja verletzt.

„Die Zahl der verwundeten Zivilisten während des Beschusses von Jasinowataja durch ukrainisches Militär ist auf 4 Personen gestiegen“, heißt es in dem Text.

Zuvor hatte der Bürgermeister von Donezk, Aleksej Kulemsin, über neue Angriffe auf die Bezirke Kirow und Petrowski berichtet.

„Infolge des Beschusses der Himalaja-Straße 16a im Petrovski-Bezirk erlitt ein 1969 geborener Mann eine Gehirnerschütterung und zahlreiche Schrapnellverletzungen“, sagte er. Im Stadtbezirk Kirow geriet das Gebiet der Lidiewka-Mine unter feindlichen Beschuss. Details werden noch konkretisiert.



https://novorosinform.org/content/images/84/14/48414_720x405.jpg

abends:

18:07 de.rt.com: **"Wie ein Marionettentheater": Gouverneur Kaliningrads sieht USA hinter Litauens Transitblockade**

Kaliningrads Gouverneur Anton Alichanow hat erklärt, die Transportblockade des russischen Gebiets durch Litauen lasse die Hand der USA erkennen. Die Bürger Litauens würden dadurch benachteiligt, so der Chef der Region.

Die Verkehrsblockade der russischen Exklave Kaliningrad sei auf den Einfluss der USA zurückzuführen, erklärte der Gouverneur des Gebiets Kaliningrad Anton Alichanow gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Ihm zufolge habe Litauen nicht von sich aus beschlossen, den Transitverkehr aus Russland unter dem Vorwand von EU-Sanktionen zu beschränken. Denn mit dieser Entscheidung seien schwerwiegende Nachteile für die Einwohner Litauens verbunden, betonte der Gouverneur:

"Die Menschen in Litauen werden durch diese Entscheidungen nicht nur benachteiligt, sie schaden ihnen sogar in der Form, in der sie getroffen werden. Ganz zu schweigen von möglichen Vergeltungsmaßnahmen seitens Russlands."

Die Annahme, dass die USA diesbezüglich Einfluss auf Litauen genommen hätten, sei daher nicht unberechtigt, so der Politiker.

Wie Alichanow gegenüber Journalisten erklärte, kenne er viele Geschichten, die "von Kaliningrader Unternehmern aus ihrem Leben und ihrem Umgang mit den litauischen Unternehmen erzählt werden". In all diesen Geschichten komme das Gefühl auf, dass das Land von außen "wie ein Marionettentheater" geführt werde.

Zuvor hatte der Gouverneur von Kaliningrad erklärt, er habe der russischen Regierung seine Maßnahmenvorschläge gegen die von Litauen verhängte Blockade des Gütertransits nach Kaliningrad vorgelegt. Der Chef der Region betonte am 5. Juli, dass die russische Seite "extreme" wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c57739b480cc729c7fe842.jpg>

Der Gouverneur von Kaliningrad Anton Alichanow

18:15 de.rt.com: **Norwegen beendet Landblockade russischer Siedlungen auf Spitzbergen**

Nach einer tagelangen Verzögerung hat Norwegen die Durchfahrt von Gütern für russische Siedlungen auf Spitzbergen durch sein Gebiet doch schließlich erlaubt. Dies teilte der Fernsehsender NRK am Mittwoch unter Berufung auf das Außenministerium des Königreichs mit. Laut dem Bericht werden die Container mit Lebensmitteln und Ausrüstung mit einem norwegischen Lastwagen vom Grenzübergang Storskog in die norwegische Stadt Tromsø und dann auf dem Seeweg nach Spitzbergen transportiert. Die Fracht befindet sich bereits auf einem Schiff in Richtung des Archipels.

Die jetzige Entscheidung sei "das Ergebnis eines Dialogs mit der russischen Seite", sagte die Sprecherin des Außenministeriums Ane Lunde. Es sei nie das Ziel Norwegens gewesen, die Versorgung Spitzbergens und darunter auch Barentsburgs zu unterbinden. Aufgrund von Sanktionen hätten die Güter jedoch nicht mit einem in Russland angemeldeten Lkw transportiert werden dürfen, fügte sie hinzu.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c59db7b480cc74c22fbcf1.jpg>
Schild an der Einfahrt zur russischen Bergarbeitersiedlung Barentsburg auf dem Spitzbergen-Archipel

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 06.07.22

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 160 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **14 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **8 Zivilisten verletzt**. 31 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 11 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunde der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:33 de.rt.com: **Medienbericht: Russland testet Anti-Drohnen-Waffe in der Ukraine**

Die Nachrichtenagentur TASS berichtet unter Berufung auf eine namentlich nicht genannte Quelle, dass Russland im Donbass erfolgreich eine Anti-Drohnen-Waffe namens "Stupor" eingesetzt habe. Nach Angaben des Konstrukteurs von "Stupor" soll die Volksmiliz der Donezker Volksrepublik bereits über zehn solcher Geräte verfügen.

Russland hat eine elektromagnetische Waffe mit dem Namen "Stupor" erfolgreich gegen ukrainische Drohnen getestet, berichtete die Nachrichtenagentur TASS am Mittwoch unter Berufung auf eine mit dem Programm vertraute Quelle. Bei dem Feldversuch handelte es sich um den ersten Einsatz des Geräts gegen einen tatsächlichen Feind, so der Gesprächspartner von TASS.

"Stupor" (frei übersetzt: Lähmung) ist ein elektromagnetischer Projektor, der darauf abzielt, die Kommunikation einer Drohne mit ihrem Bediener zu stören. Dadurch wird die Mission des anvisierten Fluggeräts beeinträchtigt, da es keine Befehle mehr entgegennehmen oder Informationen zurücksenden kann. Die Drohne fällt danach einfach zu Boden, es kann aber

auch gelingen, die Kontrolle zu übernehmen und sie zu entführen.

Ein Robotik-Forschungszentrum des russischen Verteidigungsministeriums hatte den Prototyp von "Stupor" erstmals auf einer Waffenmesse im Jahr 2017 vorgestellt. Nach damals bekannt gewordenen Angaben hat das futuristisch anmutende Gerät eine Reichweite von bis zu zwei Kilometern, solange sich zwischen ihm und der angepeilten Drohne keine Hindernisse befinden.

TASS konnte nicht in Erfahrung bringen, wo genau der Testeinsatz stattfand. Die Quelle gab lediglich an, dass es im westlichen Teil der Volksrepublik Donezk gewesen sein soll.

RT sprach mit dem Konstrukteur der elektromagnetischen Waffe, Dmitri Klotschko, der sagte, dass seine Firma insgesamt zehn Drohnenabwehrwaffen an die Donbass-Milizen geliefert habe. Einige davon seien Geschenke gewesen, während andere von privaten Spendern gesponsert worden seien. Die Rückmeldungen seien sehr positiv gewesen, sagte er.

Der Waffenkonstrukteur erläuterte weiter, er habe zuvor Anfragen für "Stupor" vom russischen Militär erhalten. Russische Soldaten, die in Syrien stationiert sind, haben setzten das Gerät Berichten zufolge dazu ein, primitive selbst konstruierte Drohnen auszuschalten, die von syrischen Kämpfern gegen sie eingesetzt wurden.

19:20 de.rt.com: **LVR: Zahlreiche ausländische Söldner im Kessel von Sewerodonezk und Lissitschansk eliminiert**

Der Oberstleutnant der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik, Andrei Marotschko, hat die Eliminierung zahlreicher Söldner bekannt gegeben. Er erklärte der Nachrichtenagentur TASS:

"Die Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik erhält immer mehr Hinweise, die die Verkündung des Generalstabs der Russischen Föderation über die Liquidierung einer großen Anzahl von Söldnern im Kessel von Sewerodonezk und Lissitschansk bestätigen."

Marotschko fügte hinzu, dass sich unter den getöteten Söldnern auch Angehörige des weißrussischen nationalistischen Bataillons "Wolat" befinden würden.

19:45 de.rt.com: **Sri Lanka bittet Russland um Hilfe bei Brennstoffimporten**

Sri Lanka kämpft gegen die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Der öffentliche Verkehr ist wegen des akuten Treibstoffmangels zum Erliegen gekommen. Dabei fehlen dem Inselstaat Devisen, um die Krise zu beenden. Nun bittet die Regierung Russland um Hilfe.

Der sri-lankische Präsident Gotabaya Rajapaksa hat am Mittwoch angesichts der akuten Wirtschaftskrise im Inselstaat seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin um Hilfe gebeten. Rajapaksa [teilte](#) auf Twitter mit, sein Gespräch mit Putin sei sehr fruchtbar gewesen. "Ich habe um ein Kreditangebot gebeten, damit Sri Lanka Treibstoff importieren kann, um die aktuellen wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern."

Das Oberhaupt des Inselstaates bedankte sich bei dem russischen Staatschef für die frühere Unterstützung. Rajapaksa schlug außerdem die Wiederaufnahme der direkten Aeroflot-Flüge nach Sri Lanka vor. Er sei sich mit Putin darüber einig, dass die Stärkung der bilateralen Beziehungen in solchen Bereichen wie Tourismus, Handel und Kultur von größter Bedeutung ist, um die Freundschaft zwischen den beiden Nationen zu fördern.

Der Kremlpressedienst gab seinerseits bekannt, dass das Telefonat auf Initiative der sri-lankischen Seite stattgefunden habe. Die beiden Präsidenten hätten Fragen der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Energie- und Landwirtschaft sowie Verkehrswesen erörtert.

"Es wurde vereinbart, Kontakte auf verschiedenen Ebenen fortzusetzen."

Der Kreml machte auch darauf aufmerksam, dass in diesem Jahr der 65. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern begangen werde. Vor diesem Hintergrund hätten die beiden Staatschefs ihr gegenseitiges Engagement für die weitere Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen bestätigt.

Ende Juni hatte Sri Lankas Premierminister Ranil Wickremesinghe im Parlament die Situation

seines Landes als desaströs bezeichnet. Die Wirtschaft sei komplett zusammengebrochen. Der Inselstaat könne sich keine Erdölimporte mehr leisten.

Seit dem 27. Juni dürfen Privatpersonen auf Sri Lanka vorübergehend keinen Treibstoff kaufen. Die Maßnahme gilt voraussichtlich bis zum 10. Juli. Treibstoff gibt es inzwischen nur für notwendige Dienste, etwa für Fahrzeuge im Gesundheitsbereich, am Hafen, am Flughafen oder für die Essensverteilung. Behördenbüros und Schulen, zu denen Schüler einen Transport brauchen, bleiben geschlossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c5917248fbef6ca36520d4.jpg>

19:50 de.rt.com: **Scholz kündigt weitere Waffenlieferungen an die Ukraine an**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat angekündigt, dass weitere Waffenlieferungen in die Ukraine im Zuge des sogenannten Ringtauschs unmittelbar bevorstehen. Die Bundesregierung habe "mit mehreren Ländern diese Vereinbarungen jetzt so weit konkretisiert, dass sie unmittelbar mit Auslieferung verbunden sein werden", sagte der SPD-Politiker am Mittwoch in Bundestag. Einzelheiten nannte er nicht.

Ringtausch bedeutet, dass osteuropäische Bündnispartner Waffen sowjetischer Bauart in die Ukraine liefern und dafür Waffen aus Deutschland als Ausgleich erhalten. Die Waffen sowjetischer Bauart können von den ukrainischen Soldaten leichter bedient werden als Geräte aus westlicher Produktion, die für sie neu sind.

Zum Ringtausch hat die Bundesregierung mit Ländern wie Tschechien, Griechenland, Polen und Slowenien Gespräche geführt. Scholz fügte hinzu:

"Wir haben sehr viel Energie da 'reinvestiert, dass das auch passiert."

In den nächsten Wochen werde nun die Umsetzung folgen.

Des Weiteren kündigte der Bundeskanzler an, dass die Ausbildung ukrainischer Soldaten und Soldatinnen an den Mehrfachraketenwerfern vom Typ MARS II, deren Lieferung an Kiew zuvor zusammen mit Großbritannien und den USA vereinbart worden war, bereits begonnen habe. Das Gleiche gelte auch für weitere zugesagte Militärlieferungen, darunter den FlaK-Panzer Gepard, das Artillerie-Ortungsradar COBRA sowie das IRIS-T-Luftabwehrsystem, so Scholz.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5a365b480cc0bad305b84.jpg>

Bundeskanzler Olaf Scholz bei der Regierungsbefragung im Deutschen Bundestag, 6. Juli 2022

20:15 de.rt.com: **Verwaltungschef: Hafen von Mariupol wieder in vollem Betrieb**

Der Hafen von Mariupol ist wieder zum vollständigen Betrieb aus der Zeit vor Beginn der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine zurückgekehrt. Dies erklärte der Direktor der Hafenverwaltung Pawel Schwazki am Mittwoch gegenüber TASS. Er sagte: "Ja, das stimmt vollkommen. Der Hafen von Mariupol ist in vollem Betrieb."

Zuvor hatte das Ministerium für Kohle und Energie der Volksrepublik Donezk gemeldet, dass die Stromversorgung des Handelsseehafens in Mariupol komplett wiederhergestellt worden sei. Nach Angaben der Behörde wird der Hafen seit dem 16. Juni von Generatoren aus Russland eingespeist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c5af0db480cc3fff6c129a.jpg>

Blick auf den Hafen von Mariupol, 21. Juni 2022